Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4.50 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 5.25 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Inseratenpreis 1 Mk. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Angebotannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingetrieben werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 155. **Mittwoch den 6. Juli 1921.** **80. Jahrgang.**

Amtlicher Teil.

Bei uns sind eingegangen vom

Sächsischen Gesetzblatt das 9. und 10. Stück vom Jahre 1921, vom Reichs-Gesetzblatt Nr. 52 bis 59 vom Jahre 1921.

Diese Eingänge, deren Inhalt aus dem Anschlage in dem Hausflur des Verwaltungsgebäudes ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratskanzlei zu jedermanns Einsicht aus.

Wilsdruff, am 4. Juli 1921. 4690 **Der Stadtrat.**

Vom 7. bis 23. Juli sollen die **Schornsteine** im hiesigen Stadtbezirk **gereinigt** werden

Wilsdruff, am 4. Juli 1921. 4689 **Der Stadtrat.**

Die städtischen Kollegien haben beschlossen, den **Wasserzins ab 1. Juli** 1921 auf 1 Mk. für das cbm zu erhöhen.

Wilsdruff, am 4. Juli 1921 4695 **Der Stadtrat.**

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichspräsident erließ einen Aufruf, in dem er zu reicher Mitarbeit am oberschlesischen Hilfswerk auffordert.
* Reichskanzler Wirth hielt bei einer Berliner Kundgebung für Oberschlesien eine Ansprache.
* Deutschösterreich, Tirol sowie die deutschen Kolonien in der ganzen Welt beabsichtigen Oberschlesier-Hilfstage oder Sammlungen zu veranstalten.
* Das deutsche Zeppelinluftschiff Bodensee, das Italien zugeteilt ist, ist in Rom eingetroffen.
* Der französische Meisterboxer Carpentier wurde von dem Amerikaner Dempsey geschlagen.
* Die japanische Regierung hat mitgeteilt, daß sie eine Beschlagnahme deutschen Eigentums in Japan auf Grund des Versailler Friedens keinesfalls beabsichtige.

Engelsgeduld

Die Not der gequälten Oberschlesier war die Veranlassung für ein Hilfswerk, an dem sich die Reichshauptstadt in aufrichtiger Begeisterung aller Volksschichten und Parteien in Wort und Tat beteiligt hat. Der Reichspräsident Ebert und mehrere große Banken haben Millionenbeträge für die Geldsammlung gestiftet, die in Form der bekannten Blumenverkaufstage durchgeführt wurde. Auf den belebtesten Plätzen der Stadt fanden Kundgebungen statt, und im Berliner Stadion demonstrierte im Anschluß an internationale Sportkämpfe eine große Menschenmenge, an die der Vizekanzler Bauer und der preußische Ministerpräsident Stegerwald patriotische Ansprachen richteten. Der Höhepunkt des Hilfstages wurde am Abend in einer Versammlung in einem der größten Konzertsäle Berlins erreicht, wo der Reichskanzler in Anwesenheit des Reichspräsidenten und zahlreicher Minister eine politische Rede hielt.

Zwei Wunden, so sagte er, bluten am Körper des deutschen Volkes, die eine im Westen, wo die sogenannten Sanktionen im Rheinlande noch immer bestehen, die andere in Oberschlesien. Auf die Frage, woher uns für diese Wunden Heilung kommen kann, glaubte der Kanzler keine andere Antwort zu finden, als daß sich allmählich wieder der Gedanke des Rechts gegenüber den überspannten Machtideen durchsetzen müsse. Er wies es weit von sich ab, dem vielleicht hier und da aufgetauchten Plan eines Verzweiflungskampfes um Oberschlesien zuzustimmen, und stellte ausdrücklich fest, daß die Regierung diesen Gedanken stets abgewehrt hat, weil das Geschick Oberschlesiens nicht auf dem Boden dieser Provinz selbst, sondern vielmehr in der internationalen Politik in Paris, London und Washington und — wie der Kanzler auf einen Zuruf aus der Versammlung heraus zugestand — auch in Berlin entschieden werden muß. Sofort aber fügte er hinzu — und seine Stimme nahm dabei einen höchst eindringlichen, geradezu flehentlichen Ton an, — daß für uns die erste Voraussetzung jeder gedeihlichen Mitwirkung an einer günstigen Wendung der oberschlesischen Frage darin erblickt werden müsse, daß wir uns mit einer Engelsgeduld wappnen.

Das Murren, das sich bei diesen Worten erhob, mochte den Kanzler sofort darüber belehren, daß diese seine Auffassung doch nicht ganz mit der Stimmung im Einklang steht, die im deutschen Volke selbst durch den Aufstand in Oberschlesien hervorgerufen worden ist. Es war in der Tat schmerzlich, daß der Reichskanzler angesichts der fast alle Grenzen übersteigenden Geduld, die die schwerleidende oberschlesische Bevölkerung seit Jahren an den Tag gelegt hat, und angesichts des geradezu verbrecherischen Übermutes, mit dem von polnischer und französischer Seite auch jeder Schimmer von Gerechtigkeit aus der Behandlung des oberschlesischen Problems hinweggewischt wird, am Tage einer nationalen Kundgebung nichts anderes zu sagen wußte, als daß wir auch weiterhin geduldig sein und auf den Sieg des Rechtes hoffen wollen. Jeder besonnene Politiker und ebenso die weitesten Volkskreise in Deutschland werden zweifellos der festen Überzeugung sein, daß in der Gegenwart jede gewaltsame Lösung der oberschlesischen Frage ein Ding der Unmöglichkeit ist. Deutschland ist aber trotz der Entwaffnung nicht so schwach, daß es alle seine politischen Mittel in den Worten „Geduld und Hoffnung" erschöpft sehen müßte.

Warum hat der Kanzler sich nicht das gewaltige Emporflammen der Entrüstung in der ganzen deutschen Nation zu eigen gemacht? Warum stützt er sich nicht auf diese Welle der Empörung, und warum tritt er den Staatsmännern der Entente nicht mit dem nachdrücklichen Hinweis immer und immer wieder entgegen, daß es für Deutschland ganz unmöglich ist, seine Reparationsleistungen zu erfüllen und die dazu notwendige Beruhigung und Festigung der inneren Lage herbeizuführen, wenn nicht endlich einmal die blutende Wunde in Oberschlesien von denen wieder geschlossen wird, die sie geschlagen haben? Man kann wohl verstehen, daß ein Kanzler, der eine solche Politik der Nachgiebigkeit selbst in Momenten empfiehlt, in denen das Volk von seinem berufenen Führer Worte erwartet, an denen es sich innerlich aufrichten kann, in Paris und London sehr angenehm ist.

Was aber wird das deutsche Volk selbst dazu sagen, in dem trotz aller Not und Demütigungen die Ideale der nationalen Einheit, die auch der Kanzler Wirth in seiner Rede als das einzige Erbe aus einer großen Vergangenheit bezeichnete, noch lebendig sind? Wird man nicht die Empfindung haben, daß durch eine derartige Politik der Resignation eine gewisse Gleichgültigkeit hervorgerufen werden muß, während wir doch gerade um unserer bedrängten Lage willen eine in höchstem Maße aktive Politik treiben müssen? Aktive Politik bedeutet keineswegs Drohungen und Säbelrasseln, wohl aber Zusammenfassen aller wirtschaftlichen und aller moralischen Kräfte und vor allem geschicktes Ausspielen dieser nationalen Werte bei den diplomatischen Verhandlungen mit der Gegenseite. Im Innern aber ist dazu notwendig, daß von führender Stelle aus dem Volke klar gemacht wird, mit welchen Aussichten und mit welchen Mitteln wir an die weitere Verfechtung unserer Lebensrechte herantreten können. Je größer die Klarheit ist, die darüber besteht, um so größer wird die Entschlossenheit in allen Kreisen sein, das Äußerste aufzubieten, um am großen Werke der nationalen Wiedererweckung mitzuhelfen.

Es bedarf keines Hinweises darauf, daß jede leichtsinnige Verhetzung, die zu unbesonnenen Taten antreiben möchte, das Gegenteil erreichen würde und uns selbstverständlich nur tiefer ins Elend brächte. Eine Warnung davor ist aber angesichts der Disziplin, die der oberschlesische Selbstschutz unter der Führung General Hoefers an den Tag gelegt hat, vollkommen überflüssig. Hat doch der sozialdemokratische Vizekanzler Bauer in seiner erwähnten Ansprache dem oberschlesischen Selbstschutz den heißen Dank des Vaterlandes ausgesprochen. Auf diesen Ton mußte der Kanzler eingehen, wenn er die Ohren und die Herzen seiner Hörer gewinnen wollte. Durch „Engelsgeduld" allein wird die blutende Wunde in Oberschlesien niemals geheilt werden.

Die deutschen Zahlungen.

Wegfall der 26prozentigen Ausfuhrabgabe

Die Garantiekommission veröffentlicht ein amtliches Communiqué, in dem im wesentlichen gesagt wird:

1. daß der Tarif der Ausfuhr im Sinne des Londoner Zahlungsstatuts genau festgelegt werden müsse. Dabei habe sie gleichzeitig auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die mit der Verwendung der Ausfuhrziffern als Index für die nicht feststehenden Jahreszahlungen verbunden sind. Diese beiden Einwendungen habe die Garantiekommission an die dafür zuständige Reparationskommission weitergeleitet;

2. daß die Verwendung der Zolleinnahmen zur Sicherstellung der deutschen Zahlungen die Zollpolitik ungünstig beeinflussen müßte. Die Garantiekommission habe Mittel angegeben, um dem abzuhelfen, im übrigen auf den jetzt geltenden Anordnungen bestanden;

3. daß die 26prozentige Ausfuhrabgabe wegfalle. Die Garantiekommission hat sich aber das Recht vorbehalten, auch diese Bestimmung aufrechtzuerhalten, wenn die nötigen Devisen auf andere Weise nicht zu beschaffen seien. Die deutsche Regierung habe diejenigen Hilfsquellen angegeben, die nach ihrer Meinung an die Stelle der im Londoner Abkommen vorgesehenen zu treten hätten, wovon die Garantiekommission unter Vorbehalt der oben mitgeteilten Stellungnahme Kenntnis genommen habe. Bei dieser Gelegenheit habe die Kommission die deutsche Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß das ganze System der deutschen Zahlungen auf einer gewissen

Festigkeit des Markkurses

beruhe und daß diese wiederum vor allem das Gleichgewicht des Budgets und dementsprechend die nötigen Finanzreformen voraussetze. Endlich habe die Garantiekommission auseinandergesetzt, auf welche Weise sie sich Gewißheit über die Richtigkeit der deutschen Ausfuhr-, Zoll- und Steuerstatistik zu verschaffen gedenke.

Das Communiqué fügt hinzu, was das Jahr vom 1. Mai 1921 bis zum 1. Mai 1922 anlange, so seien die deutschen Zahlungsverpflichtungen zum größten Teil durch die schon bezahlte eine Milliarde Goldmark, durch Naturallieferungen und das Ergebnis der Ausfuhrabgabe gedeckt, so daß die deutsche Regierung wahrscheinlich nicht mehr als für 300 Millionen Goldmark ausländische Devisen werde zu erwerben haben. Dabei werde vorausgesetzt, daß die deutschen Statistiken mit den Tatsachen übereinstimmten.

Die Auffassung in Frankreich.

Aus diesem Communiqué geht klar hervor, daß man jetzt auch bei der Entente einzusehen beginnt, daß das System der rücksichtslosen Forderungen nicht nur auf die deutsche Wirtschaft vernichtend wirken muß, sondern auch für die Entente selbst recht unliebsame Folgen haben kann. Man wird auch drüben erst durch Schaden klug, so oft auch seit langem schon von deutscher Seite darauf hingewiesen worden ist, daß es nicht angeht, jemandem unerhörte Zahlungen aufzuerlegen und ihm gleichzeitig die Mittel zur Erfüllung der übernommenen Leistungen zu zerstören. Der sinkende Markkurs würde alle noch so schönen Kombinationen restlos über den Haufen werden, und man beeilt sich daher drüben, die drohende Katastrophe im letzten Augenblick durch eine schleunige Korrektur der übereilten Beschlüsse abzuwenden. Selbstverständlich versucht man auch diesmal, alles Unangenehme auf die deutsche Schulter abzuwälzen. So schreibt der „Temps" zu dieser Angelegenheit u. a.:

An dem Tage, an dem die Mark noch weiter in das Ausland fließen soll, würde die Menge der Papiermark, die die deutsche Regierung von ihren Steuerzahlern fordern müsse, ins Ungeheuerliche wachsen, d. h. mit andern Worten, die Leistungen der Steuern würden für Deutschland unerträglich werden und das ganze gegenwärtige System der Wiedergutmachung zusammenstürzen. Man glaubt allerdings, daß der Sturz der Mark, der sich in den letzten Tagen bemerkbar gemacht hat, nicht allein von den Devisenkäufern der deutschen Regierung herrührt, sondern daß sich eine ungeheure Spekulation von deutscher Seite eingemischt hat. Aus diesem Grunde habe die deutsche Regierung sich beeilt, mitzuteilen, daß Deutschland bis zum 1. Mai 1922 nur noch 300 Millionen Goldmark zu zahlen habe. Auf diese Weise hoffe man, die weitere Entwertung des deutschen Geldes aufzuhalten.

Protest gegen die polnische Amnestie.

Polnische „Ortswehren".

Gegen die Amnestie für die oberschlesischen Aufständischen haben in letzter Stunde noch die vereinigten deutschen Parteien und die Gewerkschaften einen Protest eingereicht. Es wird darin betont, daß die fortgesetzten Amnestien die Polen geradezu zu einem neuen Aufstand anreizen müßten. Zum mindesten sollten folgende Personen nicht unter die Amnestie fallen dürfen:

1. Der bisherige Plebiszitkommissar Korfanty und die Mitglieder des Vollzugsausschusses.
2. Die Kommandanten von Formationen der Aufständischen, die Orts- und Kreiskommandanten, auf deren Befehl und unter deren Verantwortung Verbrechen und Vergehen verübt worden sind.
3. Die Vorsitzenden und Beisitzer der Feldgerichte der Aufständischen, die sich richterliche Gewalt über Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung sowie alle diejenigen Personen, die widerrechtlich sich öffentliche Ämter angemaßt haben.
4. Alle Teilnehmer des Aufstandes, die am 3. Mai 1921 Beamte der Internationalen Kommission gewesen sind, insbesondere die Kreisbeiräte und die Beamten der Polizei Oberschlesiens und Spezialpolizei.
5. Alle diejenigen Personen ohne Unterschied der Nationalität, die Verbrechen und Vergehen gegen das Leben und das Eigentum begangen haben.

Während der deutsche Selbstschutz ehrlich abbaut, arbeiten die Polen mit gewohnter Hinterhältigkeit. Die Einrichtung der polnischen Ortswehren wird mit aller Macht fortgesetzt und darf als nahezu abgeschlossen gelten. Die Mitglieder sind zwar nicht offiziell mit Pistolen und Handgranaten bewaffnet, verfügen aber über eine genügende Menge anderer Waffen und ausreichender Munition. Kraftwagen mit Munition und Waffen sind ständig unter polnischer Begleitung nach dem Süden des Abstimmungsgebietes abgegangen. Wie immer wieder versichert wird, werden große Waffenbestände in den Wäldern der Kreise Rybnik und Pleß vergraben, um beim Ausbruch des nächsten polnischen Aufstandes bei der Hand zu sein.

In Tarnowitz sind englische Quartiermacher eingetroffen, die für eine demnächst eintreffende große englische Truppenabteilung Unterkunft vorbereiten.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF